

Nepp: Sozialwohnungen nur für Österreicher - Zuwanderer ausgeschlossen!

Dominik Nepp von der FPÖ kritisiert die Wohnungsvergabe und fordert strengere Regeln für Sozialwohnungen in Österreich.

Wien, Österreich - Am 25. April 2025 kritisiert Dominik Nepp, FPÖ-Landesparteiobmann und Stadtrat in Wien, die neue Regelung zur Vergabe von Sozialwohnungen. Laut Nepp stellt die Flexibilisierung des Zugangs zum geförderten Wohnbau einen Türöffner für Zuwanderer dar. In seiner Stellungnahme fordert er, dass der Zugang zu Gemeindewohnungen ausschließlich österreichischen Staatsbürgern vorbehalten sein sollte. Drittstaatsbürger sollen demnach nur dann Anspruch auf geförderten Wohnraum haben, wenn sie sozialversicherungspflichtig arbeiten, Deutsch sprechen und legal im Land leben. Nepp führt als negative Beispiele die Wohnpolitik der SPÖ an und betont, dass eine Stimme für die FPÖ für einen klaren sozialen Wohnbau steht, während die SPÖ nicht lernfähig sei. Dies berichtet OTS.

Die Problematik des Wohnraums ist nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland prekär. Die Bauwirtschaft dort befindet sich in einer tiefen Krise. Im Jahr 2022 wurden lediglich 300 neue Sozialwohnungen in Leipzig fertiggestellt, obwohl der Bedarf an Wohnraum kontinuierlich steigt. Laut IG-Bau-Chef Robert Feiger handelt es sich hierbei um eine "absolute Ausnahmesituation". Die hohen Baukosten und die Vervierfachung der Bauzinsen innerhalb eines Jahres stehen dem notwendigen Wohnungsbau entgegen. Aktuell fehlen in

Deutschland etwa 700.000 Sozialwohnungen, und das trotz des Ziels der Ampel-Regierung, 400.000 staatlich geförderte Einheiten in dieser Legislaturperiode zu errichten. Die Bundesregierung plant bis 2026 Investitionen in Höhe von rund 14,5 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau. Dies entnehmen wir dem Bericht von **Deutschlandfunk**.

Aktuelle Herausforderungen im Wohnungsbau

Eine Studie des "Bündnis Soziales Wohnen" zeigt, dass die Wohnungssituation in Deutschland die größte Wohnungsnot seit 20 Jahren erreicht hat. Die Anzahl der Sozialwohnungen ist von fast 4 Millionen Ende der 1980er Jahre auf nur noch 1,1 Millionen im Jahr 2022 gesunken. Über 11 Millionen Haushalte haben Anspruch auf eine Sozialwohnung, jedoch reicht der Bestand nur für jeden zehnten Haushalt aus. Der Wohnungsmangel wird durch zahlreiche Faktoren wie die Energiekrise, Materialknappheit, Lieferkettenprobleme und steigende Baukosten weiter verschärft. Prognosen deuten darauf hin, dass der Bedarf an Wohnraum nicht nur aufgrund der Zuwanderung, sondern auch infolge veränderter Wohngewohnheiten steigen wird. Diese Informationen stammen aus einer Analyse, die von bpb veröffentlicht wurde.

Die Herausforderungen im Wohnungsbau bleiben in den kommenden Jahren voraussichtlich bestehen. Um die Lage zu verbessern, schlägt die Bundesregierung vor, steuerliche Anreize zu schaffen und die Energiestandards für Neubauten gegebenenfalls zu verschieben. Dennoch bleibt abzuwarten, ob diese Maßnahmen ausreichen werden, um die dringend benötigten Wohnungen zu bauen und die sozialen Herausforderungen im Wohnbereich zu meistern.

Details	
Ort	Wien, Österreich

Details	
Quellen	• www.ots.at
	www.deutschlandfunk.de
	• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at